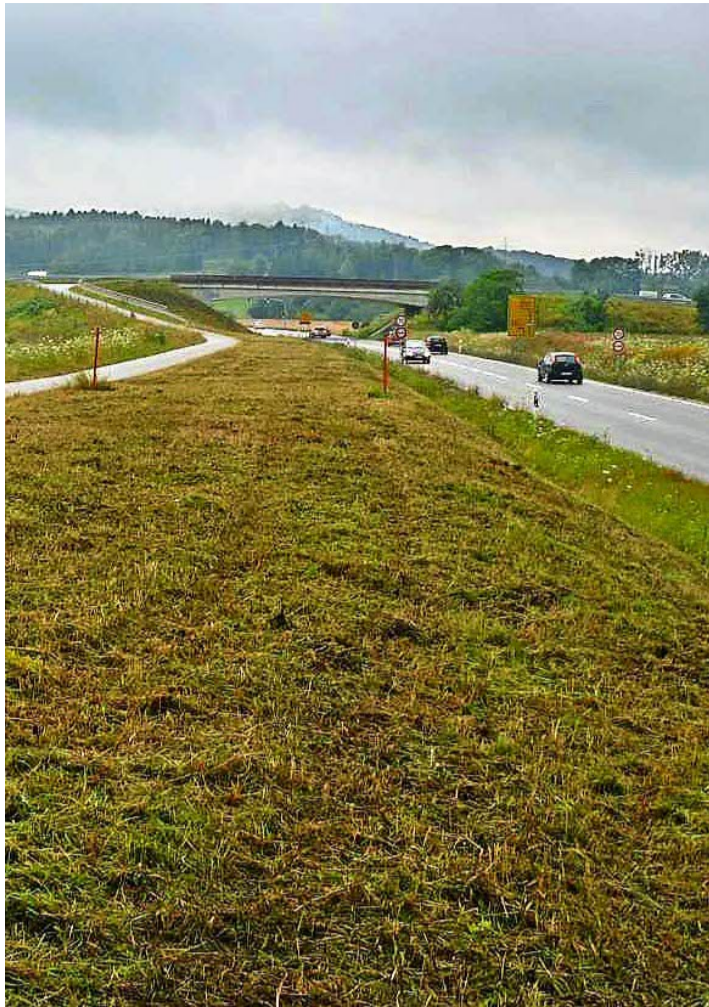




Aus Sicherheitsgründen muss das Gras an den Leitpfosten gemäht werden. Doch oft sehen die Straßenränder aus wie in Süßen an der B 466. Fotos: Adobe Stock/Max Mironov, Michael Novak (2)



Die Steuer auf Verpackungen wackelt plötzlich

Tübingen OB Palmer ist „ratlos“: Beugt sich sein Gemeinderat dem Druck von Gastronomen?

Die Verpackungssteuer in Tübingen tritt voraussichtlich nicht – wie von der Stadtverwaltung vorgesehen – zum 1. April 2020 in Kraft. „Wir gehen davon aus, dass der Gemeinderat eine Vertagung beschließt“, sagte eine Sprecherin der Stadt. Das Gremium stimmt am Donnerstag darüber ab. In einer Vorberatung durch den Verwaltungsausschuss am Montagabend beantragten mehrere Fraktionen einen Aufschub – nachdem sich das Stadtparlament noch im Dezember in einem Grundsatzbeschluss mit einer klaren Mehrheit für die Einführung einer Steuer auf Wegwerfverpackungen ausgesprochen hatte. Jetzt, da es um die Umsetzung geht, haben sich die Positionen verschoben, zum Leidwesen des Oberbürgermeisters Boris Palmer (Grüne): „10:9 für Vertagung, bis der Bund entschieden hat, was er gegen die Verpackungsflut tut. Da steht man etwas ratlos davor“, sagte er.

Um der Vermüllung der Stadt vorzubeugen, hatte der Tübinger Gemeinderat entschieden, von der Verwaltung eine Satzung zur Besteuerung von Einwegverpackungen erarbeiten zu lassen. Diese liegt nun vor. Demnach sollen auf Coffee-to-go-Becher, Pizzakartons und Dönerboxen 50 Cent, auf Einwegbesteck 20 Cent anfallen. Explizit soll es sich um eine Steuer handeln; die zusätzlichen Einnahmen kann die Stadt – anders als bei Gebühren oder Beiträgen – frei verwenden.

Ob das Konzept aber überhaupt umgesetzt wird, steht nach dem Votum des zuständigen Ausschusses plötzlich in Frage. Möglicherweise von der Steuer betroffene Firmen, rund 30 an der Zahl, hatten zuletzt deutlichen Protest artikuliert und ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben – mit dem Ergebnis, dass die geplante Steuer rechtswidrig sei. Anscheinend habe die Lobbyarbeit der Unternehmen, die weiter auf Kosten der Umwelt und der Allgemeinheit ein Geschäftsmodell mit Wegwerfverpackungen betreiben wollten, gefruchtet, sagt der Rathauschef Palmer. Sein Fazit: „Man sieht: Es ist verdammt schwer, den allgemeinen Bekenntnissen zu Umwelt- und Ressourcenschutz Taten folgen zu lassen.“

Die Stadt Kassel hat schon im Jahr 1998 eine Verpackungssteuer einführen wollen, ist damals aber vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert. Mehrere Tübinger Stadträte berufen sich auf die EU-Richtlinie, welche die Bundesrepublik umsetzen muss: Sie sieht ein Verbot von Kunststoffprodukten wie Einweggeschirr von 2021 an vor. *dpa/wf*

Ulm Ursprung-Mörder soll in Psychiatrie

Ein verurteilter Mörder steht seit Dienstag erneut vor dem Landgericht in Ulm. Er hat 2006 einen Mitschüler in der Ursprungschule, einem Internat, getötet. Nachdem er eine zehnjährige Haftstrafe verbüßt hatte, soll der Angeklagte einen Zeugen mit dem Tod bedroht haben. Und Anfang des Jahres soll er in Ulm mehrere Menschen körperlich angegriffen haben.

Die Staatsanwaltschaft will den 30-Jährigen in ein psychiatrisches Krankenhaus einweisen lassen, da er eine Bedrohung für die Öffentlichkeit sei. Ein vorläufiges psychiatrisches Gutachten attestiert ihm Schizophrenie. Deshalb hält ihn die Staatsanwaltschaft bei einigen Taten für schuldunfähig, bei anderen für vermindert schuldfähig. Die Verteidigung fordert dagegen, die Einweisung auf Bewährung auszusetzen. Die Anklage lautet vor allem auf Bedrohung sowie auf Körperverletzung und versuchte Körperverletzung in mehreren Fällen.

Für den Prozess sind acht Verhandlungstage vorgesehen, an denen 26 Zeugen vernommen werden sollen. Das Urteil wird am 2. Dezember erwartet. Bis zur Verkündung ist die Öffentlichkeit ausgeschlossen, weil „persönliche Umstände des Angeklagten zur Sprache kommen“.

Im Jahr 2006 hatte das Landgericht Ulm den damals 17-Jährigen wegen Mordes und wegen versuchter Anstiftung zum dreifachen Mord zur höchstmöglichen Jugendstrafe verurteilt. *dpa*

Kontakt

Region/Baden-Württemberg
Telefon: 07 11/72 05-13 11
E-Mail: baden-wuerttemberg@stzn.de

Ökologische Paradiese am Straßenrand

Umwelt Flächen entlang der Verkehrsrouten gewinnen an Bedeutung: Sie werden oft nicht gedüngt und nicht gespritzt. Von Thomas Faltn

Michael Nowak vom Nabu in Süßen (Kreis Göppingen) ist richtig sauer: Immer wieder werden im Filstal die Wiesen und Hecken entlang der Straßen radikal gemäht und niedergeschnitten – und das auch mitten in der Brutzeit, wenn Neuntöter und Sumpfrohrsänger ihre Jungen aufziehen. Zudem werden die meisten Grasflächen gemulcht, sprich gehäckselt; das tötet nicht nur alle Insekten, sondern der zurückbleibende Mulch legt sich auch wie ein Teppich über den Boden und lässt nur noch Allerweltpflanzen hochkommen. Die Naturschützer hatten schon im vorigen Jahr eine



Die Sumpfschrecke lebt in Wiesen.

umfangreiche Dokumentation angelegt und an die Behörden geschickt, doch geschehen ist seither nichts.

Aber warum kümmern sich die Naturschützer überhaupt um diese unattraktiven Flächen, auf deren scheinbare Minderwertigkeit schon der schreckliche Begriff „Straßenbegleitgrün“ hindeutet? Doch in Zeiten, da die Landschaft immer stärker ausgeräumt, gedüngt und gespritzt wird, gewinnen diese Wiesen und Hecken an ökologischer Bedeutung, da sie in der Regel nicht genutzt werden und da sie entlang der Straßen Biotop miteinander vernetzen. Auf 27 000 Hektar summiert sich das Straßenbegleitgrün in Baden-Württemberg. Das ist eine Fläche, die viel größer ist als die Gemarkung Stuttgarts.

Auch das grüne Verkehrsministerium hat das Thema für sich entdeckt. Seit 2017 läuft ein Modellprojekt in mittlerweile sieben Landkreisen – dort sollen auf aus-

gewählten Flächen Lösungen entwickelt werden, wie man die ökologische Vielfalt erhöhen und womöglich gar gleichzeitig die Pflegekosten senken kann. Sakrosankt sind die ersten Meter an der Straße; dort gehe es fast allein um die Verkehrssicherheit, betont Oliver Hillinger, ein Sprecher des Ministeriums. Dahinter aber könne viel verbessert werden.

Wichtig seien drei Punkte. Erstens: nicht zu häufig zu mähen. Zweitens: zu mähen statt zu mulchen, um die Insekten zu schonen. Drittens: das Mähgut abzutransportieren, damit magere Wiesen entstehen können, denn diese sind besonders artenreich. Erst Ende 2020 wird es Ergebnisse des Modellprojektes geben, das die Hochschule Nürtingen-Geislingen begleitet. Doch so viel sagt Hillinger schon: „Verkehrssicherheit und Ökologie lassen sich in Einklang bringen, aber nicht auf allen Flächen.“

Vor Ort aber sind noch viele Widerstände zu überwinden. Im vergangenen Jahr etwa lehnte der Alb-Donau-Kreis

eine ökologischere Bewirtschaftung der Straßenränder ab, weil man dafür viele neue Maschinen anschaffen müsste, weil die Arbeiter beim Mähen per Hand von den vorbeisenden Autos gefährdet würden und weil das Abbrümpel viel Plastik und Abfall enthalte und deshalb als Sondermüll gelten würde. Die Kosten würden sich mehr als verdreifachen, lautete das Kalkül.

Mittlerweile gehört der Alb-Donau-Kreis aber zu den sieben Modellkreisen, neben Esslingen, Böblingen, Göppingen, Hohenlohekreis, Ortenaukreis und Neckar-Odenwald-Kreis. Wie man am ins Leere gelaufenen Protest der Naturschützer im Landkreis Göppingen sieht, führt die Teilnahme am Projekt aber nicht automatisch oder jedenfalls nicht sofort zu einer Verbesserung. Man nehme die Hinweise des Nabu zum Anlass, die Straßenbauverwaltung fachlich zu unterstützen und zu sensibilisieren, heißt es ziemlich nichtssagend beim Landratsamt.

Dort ist bislang nicht einmal klar, wer für die problematische Art der Straßenrandpflege verantwortlich ist. Denn je nach Straße ist der Bund, das Land oder eine Kommune zuständig, und oft werden die Arbeiten an Dritte, etwa an Landwirte, weitergegeben. So seien „pflegerische ‚Missgriffe‘ angesichts der Vielzahl der vor Ort tätigen Stellen und Personen nicht gänzlich auszuschließen“, sagt die Sprecherin Julia Schmalenberger. Man erhoffe sich aber aus dem Modellprojekt Erkenntnisse, um die Verkehrssicherheit und den Naturschutz besser zu harmonisieren.

„Verkehrssicherheit und Ökologie lassen sich in Einklang bringen.“

Oliver Hillinger, Verkehrsminister

WER PFLEGT DIE STRASSEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG?

Autobahnen Rund 1050 Kilometern an Autobahnen gibt es im Südwesten – für sie sind 15 Autobahnmeistereien zuständig, die zu den vier Regierungspräsidien gehören.

Überlandstraßen Die Bundes-, Landes- und Kreisstraßen summi-

ren sich auf 25 000 Kilometer im Südwesten. Ihre Pflege übernehmen 86 Straßenmeistereien, die bei den Landkreisen angesiedelt sind.

Kommunen Für die Straßen innerhalb von Städten und Gemeinden sind die Kommunen selbst zuständig. Sie ver-

geben die notwendigen Mäharbeiten und den Rückschnitt von Bäumen und Sträuchern aber häufig an externe Firmen oder an Landwirte. Viele Städte bemühen sich mittlerweile, Mittelstreifen und Bänke innerorts seltener zu mähen, oder sie legen Blühstreifen an. *fal*

Kurz berichtet

Stuttgart

Immer mehr Hochbetagte

Die Zahl der Hochbetagten in Baden-Württemberg ist auf einem Rekordhoch. Ende 2018 lebten im Land rund 294 000 Menschen, die 85 Jahre oder älter waren. Wie das Statistische Landesamt am Dienstag mitteilte, lag die Zahl bei der Landesgründung 1952 bei 17 500 Menschen. Zwei Drittel der sehr alten Baden-Württemberger sind Frauen. Mehr als 1730 Menschen waren Ende 2018 sogar 100 Jahre und älter; die Statistiker rechnen damit, dass sich die Zahl der Hochbetagten bis zum Jahr 2060 annähernd verdreifachen könnte. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung liegt ihr Anteil bei 2,7 Prozent. In Baden-Baden ist der Anteil mit 3,7 Prozent am höchsten; jeder 27. Bürger dort ist 85 Jahre oder älter. *dpa*

Hohenzollerntag

Käuze und gebackene Tauben

Knapp 20 Burgen, Schlösser und Museen von den Niederlanden bis zur Alb beteiligen sich: Erstmals richtet das Netzwerk Hohenzollern-Orte einen Hohenzollerntag unter einem gemeinsamen Motto aus. „Tierisch was los“ lautet das Thema am Samstag, 12. Oktober, an verschiedenen Orten: Das Interesse gilt den vierbeinigen und gefiederten Burgbewohnern, wie das Netzwerk am Dienstag auf der Burg Hohenzollern bei Hechingen (Zollernalbkreis) mitteilte. Aber es geht nicht nur um lebendige Falken oder Käuze. Im Sigmaringer Schloss etwa sind Wildtierpräparate zu sehen. Und auf der Burg Hohenzollern werden bei einer Festtafel gebackene Tauben gereicht. *dpa*

Abgeschoben in ein fremdes Land

Ausländerrecht 20 Jahre haben zwei junge Schwestern in Tuttlingen gelebt. Jetzt mussten sie plötzlich weg. Von Eberhard Wein

Der Himmel ist trist und bedeckt, es rauscht der Verkehr. Gylten und Gylje Tahiri stehen irgendwo an einer Ausfallstraße in der Nähe von Belgrad. „Wir wurden aus Deutschland abgeschoben in ein fremdes Land. Männer verfolgen uns, Hunde rennen uns hinterher“, sagt Gylten Tahiri. Dann erstickt die Stimme der 23-Jährigen in Tränen, und ihre zwei Jahre jüngere Schwester übernimmt. „Wir wissen nicht mehr wohin, keiner hilft uns“, sagt Gylje. Im Hintergrund stehen Müllcontainer. Dort haben die Schwestern offenbar die Nacht verbracht.

Die beiden jungen Roma-Frauen haben ihren verzweifelten Hilferuf als Handyvideo aufgenommen. Seit sie es vor zwei Tagen ins Internet gestellt haben, wurde es tausendfach geklickt. Zwei Wochen liegt die Abschiebung mittlerweile zurück. 3.30 Uhr am Morgen sei es gewesen, als die Beamten in Tuttlingen und im benachbarten Neuhausen ob Eck vor den Türen standen. Über Freiburg ging es zum Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden. Noch am selben Vormittag flogen die Frauen per Sammelabschiebung zurück in ihr Heimatland Serbien. Doch was heißt Heimatland? Zum letzten Mal haben sie es 1999 als Kleinkinder gesehen. Damals war die ganze Familie ausgereist, noch heute leben die Eltern in Tuttlingen. „Wir können

diese Sprache nicht. Wir haben niemanden“, sagt Gylten Tahiri in dem Video. Ihr Deutsch ist akzentfrei.

Die Abschiebung der beiden jungen Frauen löst Empörung aus. Das Antirassistische Netzwerk Baden-Württemberg fordert die sofortige Wiedereinreise, eine Online-Petition zählt fast 3000 Unterschriften. Und selbst dem Tuttlinger Oberbürgermeister Michael Beck kommen Zweifel. „Wenn Menschen abgeschoben werden, die seit 20 Jahren in Deutschland leben und hier auch aufgewachsen sind, wirft dies für mich immer Fragen auf“, sagte der CDU-Politiker in einer Stellungnahme.

All die Jahre haben Gylten und Gylje Tahiri in Tuttlingen gelebt, dort erst den Kindergarten, dann die Schule besucht. Beide Frauen bestritten ihren Lebensunterhalt selbst. Gylje werde von allen Kunden und Mitarbeitern geschätzt. Sie sei offen, freundlich und ehrlich, sagte der Bäckermeister Marc Schneckenburger dem örtlichen „Gränzboten“. Von daher sei die Abschiebung „noch fragwürdiger“, sagte OB Beck. Es rieche „nach Quotenerfüllung“, kritisierte sein Neuhauser Amtskollege Hans-Jürgen Osswald.

Beim Karlsruher Regierungspräsidium (RP), das landesweit für die Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber zuständig



Gylten (links) und Gylje Tahiri haben ein Video mit ihrem Hilferuf gedreht. Foto: privat

ist, gibt man den Schwarzen Peter jedoch an die Stadt zurück. Die Tuttlinger Ausländerbehörde hätte die jungen Frauen als „nachhaltig integriert“ einstufen können. „Warum das nicht geschehen ist, müssen Sie dort nachfragen“, sagte die Sprecherin des RP, Irene Feilhauer. Es habe offenbar ein Informationsdefizit gegeben, räumte OB Beck ein. So habe sein Ausländeramt nicht gewusst, dass Gylje seit einem Jahr berufstätig ist und mittlerweile einen unbefristeten Arbeitsvertrag besitzt. Er wolle sich dafür einsetzen, dass die Schwestern schnell zurückkehren könnten. Allerdings dürfte dies schwierig werden. Üblicherweise gibt es eine Einreisesperre.